



Argumentarium gegen den Abbau bei der Prämienverbilligung Abstimmung vom 4. März 2018

Um was es geht



Die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrates hat entschieden, rund 5.7 Millionen Franken zu Lasten der Familien und des unteren Mittelstandes einzusparen. Dies, indem die Prämienverbilligungen für Menschen mit bescheidenen finanziellen Mitteln massiv gekürzt werden. Davon betroffen wären über 30'000 Personen, Familien und Haushalten im Kanton Schwyz, die dringend auf diese finanzielle Entlastung angewiesen wären. Die Abbaumassnahme trifft also wieder die tiefen und mittleren Einkommen. Auf ihrem Buckel soll das Schwyzer Finanz-Chaos saniert werden. Ein Chaos, das uns über eine halbe Milliarde an Staatsvermögen gekostet, über 100 weitere Abbaumassnahmen schon zur Folge hat und einzig durch die bürgerliche Finanz- und Steuerpolitik der leeren Kassen verursacht worden ist.

Die SP Kt. Schwyz hat sich zusammen mit einer CVP Minderheit im Kantonsrat erfolglos gegen diese Kürzung gewehrt. Weil der Kantonsratsbeschluss über die Prämienverbilligung mit nur 59 zu 31 Stimmen angenommen wurde, unterliegt dieser Beschluss gemäss § 34 Abs. 2 KV dem obligatorischen Referendum.

Fakten

Mit der Abbaumassnahme sollen nur noch 90% der kantonalen Durchschnittsprämien bei der IPV als Richtprämie berücksichtigt werden. Zudem soll der Selbstbehalt-prozentsatzes von 12 auf 11% gesenkt werden. Die beiden Entscheide werden miteinander verbunden. Mit diesen beiden Bestimmungen werden Unterstützungsbeiträge im Umfang von rund 5.7 Mio. Franken wegfallen. Betroffen sind über 30'000 Personen, darunter sehr viele Familien.

Einige Beispiele, was das konkret bedeutet (Kind: Jahrg. 2000 und jünger, Jugendliche: Jahrg. 1993-99)

Familiensituation	bei 30'000 Franken	bei 40'000 Franken
1 Kind	-760 Franken	-660 Franken
2 Kinder	-871 Franken	-771 Franken
1 Jugendliche	-1'082 Franken	-982 Franken
1 Kind, 1 Jugendliche	-1'194 Franken	-1'094 Franken
2 Kinder, 1 Jugendliche	-1'306 Franken	-1'206 Franken
2 Kindern, 2 Jugendlichen	-1'740 Franken	-1'640 Franken

Unsere Argumente

Prämienverbilligungen sind ein wirksames, zielgerichtetes Instrument, das in der ganzen Schweiz erfolgreich umgesetzt wird, um die Prämien solidarisch an den Einkommen auszurichten. Denn, die Krankenkassenprämien sind Pro-Kopf-Prämien. Jeder und jede zahlt gleichviel, ob er oder sie nun 3'000 Franken im Monat verdient oder 20'000. Dank der Prämienverbilligung kann diese Ungerechtigkeit etwas ausgeglichen und die Belastung durch die Krankenversicherung gerechter verteilt werden. In der

Umsetzung zahlt der Kanton Schwyz aber im Landesvergleich ohne die geplante Kürzung bereits pro Kopf am drittwenigsten.

Schon heute erfüllt der Kanton Schwyz das Sozialziel des Bundes nicht. Gemäss diesem dürften die Krankenkassenprämien maximal 6% des Haushaltbudgets bei Familien (und 8% bei Einpersonenhaushalten) ausmachen. Das ist in sehr vielen Familien und Haushalten im Kanton Schwyz nicht der Fall. Werden die Prämienverbilligungen gekürzt oder ganz gestrichen, werden die Familien noch mehr belastet.

Die Argumente der Ja Befürworter und unsere Antworten

Wenn das Referendum angenommen wird, dann werden Systemschwächen nicht korrigiert

Wenn das Referendum angenommen wird, dann werden z.T. höhere Prämienverbilligung als die tatsächlich geschuldete Krankenkassenprämie ausbezahlt

Das heutige Modell hat sich in den Grundzügen sehr bewährt. Es enthält Schwächen, die korrigiert werden müssen. Diese Teilrevision wird jedoch von der rechtsbürgerlichen Mehrheit genutzt, um die Unterstützungsleistungen an die wirtschaftlich Schwächeren massiv zu kürzen. Und das, obwohl die Regierung seit Jahren die schwierige Situation von Familien im Kt. Schwyz mit mittleren und tieferen anerkennt. Es ist also für den Kt. Schwyz – den Kanton mit den Schweiz-weit höchsten Einkommens- und Vermögensgruppen – kein Problem, wenn die 5.7 Millionen an Prämienverbilligungen weiterhin ausbezahlt werden. Für die betroffenen Menschen ist eine Kürzung aber existenziell!

Die ganz Armen erhalten ja weiterhin eine Prämienverbilligung! Es trifft ja nur die, die besser verdienen.

Es stimmt zwar, dass die finanziell Schwächsten weiterhin eine Prämienverbilligung erhalten. Diese wird aber auch massiv gekürzt. Dies, weil für die Berechnung der Prämienverbilligung im neuen Gesetz nicht mehr 100% der Richtprämie, sondern nur noch 90% angerechnet werden soll. Immer mehr Familien können bereits heute die Krankenkassenprämien nicht mehr bezahlen. Sie noch mehr belasten, treibt sie in den finanziellen Ruin. Oder auf eine „schwarze“ Liste der Spitäler, was über kurz oder lang zur Zweiklassenmedizin führt!

Warum braucht es überhaupt Prämienverbilligungen?

Die Krankenkassenprämien sind Pro-Kopf-Prämien. Es spielt also keine Rolle, wie viel man verdient, jeder und jede bezahlt gleich viel Prämie. Diese Ungerechtigkeit wird durch die Prämienverbilligungen für Menschen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen etwas behoben. Aber schon heute erreicht der Kanton Solothurn das Sozialziel des Bundes nicht: dieses sagt, dass die Krankenkassenprämien nicht mehr als 8% des Haushaltbudgets (6% bei Familien) ausmachen sollten. Das wird schon heute überschritten!

Die Finanzen im Kanton sind im Minus. Da muss halt überall gespart werden.

Falsch. Die Regierung und der bürgerliche Kantonsrat haben ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Jetzt sollen Familien und der untere Mittelstand dafür büssen - nicht mit uns. Denn gleichzeitig werden für die Reichen Steuergeschenke gemacht. Wir sind nicht bereit, ein solch unsoziales Vorgehen zu unterstützen. Deshalb haben wir zusammen mit den Grünen und dem Gewerkschaftsbund das Referendum ergriffen.

Es sind ja maximal ein paar hundert oder tausend Franken, die dann wegfallen.

Es ist zynisch, von "ein paar hundert Franken" zu reden. Für viele Menschen ist das enorm viel Geld, auf das sie nicht einfach so verzichten können, wenn sie nicht völlig in den finanziellen Abgrund schlittern wollen. Wer auf ein paar hundert Franken verzichten kann, gehört zu den wenigen Privilegierten. Die grosse Mehrheit muss mit einem knappen Haushaltbudget leben und hat nach Miete, Versicherungen und Essens-/Kleiderkosten kaum mehr etwas übrig. Kommt dann noch etwas Unvorhergesehenes wie bspw. eine Zahnarztrechnung dazu, müssen sich viele Familien verschulden.